

Gnoth, Werner

**Article**

## Zur Stabilität der Bankensysteme in der Tschechischen Republik, Polen und Ungarn

Wirtschaft im Wandel

**Provided in Cooperation with:**

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

*Suggested Citation:* Gnoth, Werner (2003) : Zur Stabilität der Bankensysteme in der Tschechischen Republik, Polen und Ungarn, *Wirtschaft im Wandel*, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 9, Iss. 11, pp. 314-319

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/143265>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Zur Stabilität der Bankensysteme in der Tschechischen Republik, Polen und Ungarn

*Mit dem EU-Beitritt von acht mittel- und osteuropäischen Staaten zum 1. Mai 2004 werden die Bankensysteme der Beitrittsländer einem verschärften Wettbewerb ausgesetzt. Die Bankensysteme müssen jedoch stabil sein, um im Wettbewerb zu bestehen. Darin besteht auch das grundlegende Interesse der EU-Staaten, denn Instabilitäten bei der Anwendung des gemeinschaftlichen Besitzstandes im Finanzsektor eines der beitretenden Länder hätten letztlich Auswirkungen auf das Finanz- und Wechselkursystem der Gemeinschaft mit realwirtschaftlichen Folgen. Der vorliegende Beitrag untersucht die Stabilität der Bankensysteme der Tschechischen Republik, Polens und Ungarns an Hand einiger wichtiger Indikatoren.*

*Der im Vergleich zu westlichen Ländern noch geringe Intermediationsgrad der Bankensysteme dieser Länder und ihre geringe Eigenkapitalbasis stellen gegenwärtig noch kein unmittelbares Existenzproblem für sie dar. Ein schwacher Wettbewerb, eine am EU-Durchschnitt gemessen hohe Inflationsrate und der geringe Intermediationsgrad ermöglichen den Banken einen ausreichenden Zinsertrag. So verkraften sie einen relativ hohen Anteil an notleidenden Krediten und eine hohe Fremdwährungsverschuldung. Bei ungünstigen Fundamentaldaten kann dies jedoch die Gefahr einer Krise, die möglicherweise durch externe Schocks oder Währungsturbulenzen ausgelöst würde, verschärfen.*

*Damit die Integration der Bankensysteme der Beitrittskandidaten in die EU erfolgreich wird, sind noch einige Bedingungen zu erfüllen: Es gilt, das Dienstleistungsangebot zu erweitern, den Anteil von notleidenden Krediten vor allem im tschechischen und polnischen Bankensystem zu verringern sowie die Fremdwährungsverschuldung im polnischen und ungarischen Banken- und Unternehmenssektor zu begrenzen. Die Erhöhung der Kapitalbasis ist ebenso eine wichtige Aufgabe.*

Mit dem EU-Beitritt der Tschechischen Republik, Polens und Ungarns am 1. Mai 2004 wird sich der Wettbewerb zwischen den Banken verstärken. Ein Auslöser dafür wird sein, dass in den neu aufgenommenen Ländern künftig Banken anderer Mitgliedsländer der EU eine Filiale errichten können, ohne die bisherige Genehmigungsprozedur und ohne ein Gründungskapital vorzuweisen. Folglich ist damit zu rechnen, dass Banken westlicher EU-Länder in den drei Ländern verstärkt Filialen ein-

richten. Insbesondere in Ungarn ist eine Vielzahl neu entstehender Filialen durch bloße Umwandlung bisher bestehender Tochterbanken (etwa 20) zu erwarten. Ungarn hatte die seit 1998 lt. OECD-Abkommen mögliche Filialeinrichtung an die Aufbringung eines Gründungskapitals gebunden, wie es für Neugründungen notwendig ist. Daraufhin wurde in Ungarn bisher praktisch keine Filiale gegründet. Aufgrund der im Vergleich zu anderen einheimischen Banken meist größeren Refinanzierungs-/Rekapitalisierungsmöglichkeiten der Filialen mit Hilfe kapitalstarker Mutterbanken ergibt sich für solche Filialen ein Wettbewerbsvorteil, besonders bei ertragreichen Großkrediten an große Firmen. Damit werden Auswirkungen auf die Stabilität des bisherigen Bankensystems möglich. In der Vergangenheit zeigten die Bankensysteme von Transformationsländern eine besondere Empfindsamkeit gegenüber inneren und äußeren Einflüssen. In den Jahren 1997 und 1998 erwiesen sich Banken in einigen europäischen Transformationsländern als Auslöser einer Währungskrise.<sup>3</sup> Seitdem ist die Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit der Bankensysteme der Transformationsländer in den Blickpunkt gerückt. Das um so mehr, als die Banken in diesen Ländern gegenwärtig noch einen Anteil von rund 80% an den Forderungen und Verbindlichkeiten des Finanzsektors (Deutschland rund 50%<sup>4</sup>) stellen.

### **Indikatoren zur Kennzeichnung der Bankenlage**

Die Empfindsamkeit der Bankensysteme kann am Vorabend des EU-Beitritts an Hand einer Auswahl von Indikatoren nachgezeichnet werden. Dazu werden neben dem Grad der Finanzintermediation der Bankensysteme und ihrer Eigenkapitalunterlegung (Eigenkapitalquote) insbesondere die Zinsdifferenz bzw. -marge, der Anteil der notleidenden Kredite

<sup>3</sup> Zur Bankenkrise in aufstrebenden Volkswirtschaften als Indikator einer Währungskrise und deren wechselseitigem Zusammenhang vgl. Brüggemann, A.; Gabrisch, H. u. a.: Währungskrisen in Mittel- und Osteuropa, in: Pohl, R. (Hrsg.), Schriften des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, Band 5. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2000, sowie V. HAGEN, J.; TAI-KUANG H.: Twin Crises: A Reexamination of Empirical Links. ZEI, Bonn, January 2003.

<sup>4</sup> SCHMIDT, R. H. u. a.: Angleichung der Finanzsysteme in Europa, Hauptergebnisse des DFG-Projektes, Version Februar 2001. Centre for Financial Studies.

und der Umfang offener Fremdwährungsposition untersucht.

Der Grad der Finanzintermediation zeigt die Einbindung des Bankensystems bei der Allokation finanzieller Mittel an.

Die Eigenkapitalquote gibt Auskunft, wieweit das Kreditrisiko mit Eigenkapital unterlegt ist. Demnach gilt das Eigenkapital als eine entscheidende Größe für den Spielraum des Bankgeschäfts.

Die Zinsdifferenz (Differenz zwischen Kredit- und Einlagenzinssatz) ist in Transformationsländern relativ hoch und verkörpert damit den noch unzureichenden Wettbewerb unter den Banken. Ihnen ist es möglich, Mängel im Bankbetrieb durch erhöhte Zinseinnahmen bzw. verminderte Zinsausgaben zu kompensieren.

Ein hoher Anteil notleidender Kredite am Kreditbestand gefährdet die Liquidität und Bonität der Bank und engt den Geschäftsspielraum ein.

Der Wert der Netto-Fremdwährungsposition kann sich bei einer Auf- oder Abwertung der einheimischen Währung drastisch verändern und so die Liquidität einer Bank erheblich beeinträchtigen.

Gemessen am Indikator Bilanzsumme/Bruttoinlandsprodukt und verglichen mit dem EWU-Durchschnitt von 250% (1999), verzeichnen die Bankensysteme der Tschechischen Republik, Polens und Ungarns einen sehr niedrigen Grad der Finanzintermediation: Im Jahre 2001 betrug die Quote in der Tschechischen Republik 130%, in Polen 66% und in Ungarn 68%. Die entsprechenden Quoten der übrigen Finanzintermediäre (Börsen, Pensions- und Versicherungsfonds) waren 30% in der Tschechischen Republik, 13% in Polen und 11% in Ungarn.

Die hohe ausländische Kapitalbeteiligung (61 bis 70% des gezeichneten Kapitals), überwiegend von Banken aus EU-Ländern, wurde zu einem stabilisierenden Faktor für die Bankensysteme der drei Länder. Hauptsächlich durch deren Kapitalaufstockungen erreichten die Bankensysteme die gesetzliche Quote des haftenden Eigenkapitals (Eigenkapitalquote) von mindestens 8%.<sup>5</sup> Sie lag im Jahre 2001 in den drei Ländern zwischen 15 und 16%, in der EU insgesamt bei 12%, in Deutschland bei 14%. Einige wenige Banken blieben etwas unterhalb der geforderten 8%: In der Tschechischen Republik gab

<sup>5</sup> Lt. Solvabilitätsrichtlinie der BIZ Basel bzw. der EU müssen Banken ihre „Risikogewichteten Aktiva“ (nach Schuldner-typen Staat, Banken, Unternehmen gewichteten Aktiva) mit mindestens 8% der Eigenmittel (Eigenkapitalquote = Haftendes Eigenkapital/Gewichtete Risikoaktiva x 100) unterlegt haben.

es Ende 2001 keine Bank unterhalb der Mindestquote, in Polen wiesen dagegen drei Banken und in Ungarn eine Kleinbank weniger als 8% aus.

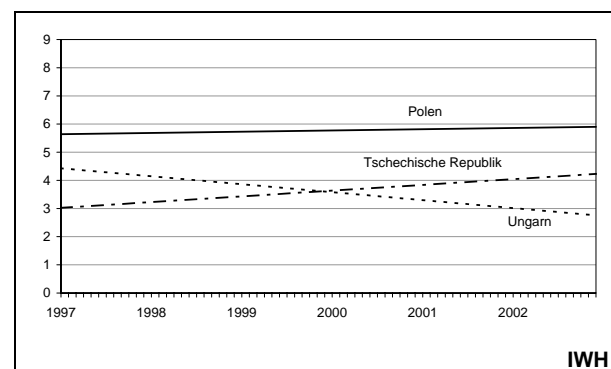
### Der Zins als wichtigste Einnahmequelle

Die Zinsen stellen für die Banken der Beitrittsländer gegenwärtig noch die wichtigste Einnahmequelle dar; Gewinne aus anderen Geschäften als aus dem Einlage- und Kreditgeschäft sind gegenwärtig noch unbedeutend. Im Gegensatz zu westlichen Ländern werden sie noch mehr von der Zinspolitik der Zentralbank mit dem Ziel der Desinflation und von dem noch geringen Intermediationsgrad bestimmt. Ein Mangel an Wettbewerb ermöglichte den Banken, Opportunitätskosten – z. B. wegen einer viel höheren Mindestreservepflicht als in westlichen Ländern, besonders in Polen und Ungarn<sup>6</sup> – durch eine relativ hohe Zinsdifferenz (Differenz zwischen Kredit- und Einlagenzinssatz) zu kompensieren. Umfangreiche Kreditausfälle, hohe Hedging-Kosten und eine geringe Produktivität trugen ebenfalls zu einer hohen Zinsdifferenz bei.

Im Untersuchungszeitraum 1997 bis 2002 ist in der Tschechischen Republik ein deutlich zunehmender und in Ungarn ein deutlich abnehmender Trend der Zinsdifferenz erkennbar, in Polen ist der Trend schwach steigend (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1:  
Trend der Zinsdifferenzen des Bankensystems (Zinssatz für Kredite an Unternehmen bis 1 Jahr – Zinssatz für Einlagen bis 1 Jahr)

- in % -



Quelle: WIIW, Wien, Monatsdatenbank.

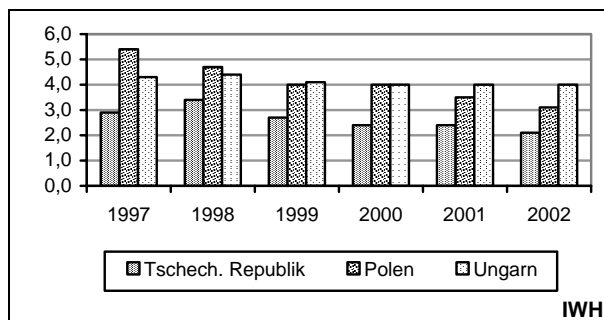
Für internationale Vergleiche wird nicht die Zinsdifferenz, sondern die Zinsmarge als das Ver-

<sup>6</sup> REININGER, T.; SCHARDAX, F.; Summer, M.: The Financial System in the Czech Republic, Hungary and Poland after the first Decade of Transition. Wien, 2001.

hältnis von Nettozins ertrag zur Bilanzsumme (vgl. Abbildung 2) betrachtet. Bei dieser Betrachtungsart zeigt sich gegenüber entwickelten westlichen Ländern ebenfalls eine hohe Zinsmarge. Die deutschen Banken realisierten im Jahre 2000 eine durchschnittliche Zinsmarge von 1,2%, die Schweizer Banken sogar nur 0,8%, und erreichten unter diesen Bedingungen eine höhere Rentabilität als die Bankensysteme der drei Transformationsländer.

Abbildung 2:  
Zinsmarge des Bankensystems (Nettozins ertrag/  
Bilanzsumme)

- in % -



Quellen: Staatliche Bankenaufsichten der Tschechischen Republik, Polens und Ungarns, jährliche Berichte; Berechnungen des IWH.

In Abbildung 2 fällt auf, dass Ende 2002 das ungarische Bankensystem im Vergleich zum polnischen eine viel höhere Zinsmarge, bezogen auf die Bilanzsumme, auswies, obgleich die Zinsdifferenz 3,4 Prozentpunkte geringer als die des polnischen Bankensystems war. Das ist durch einen höheren Entwicklungsstand bzw. einträglichere Geschäfte der ungarischen Banken erklärbar.

### Das Problem notleidender Kredite

Mit dem Problem notleidender Kredite sind Transformationsländer seit langem konfrontiert. Bei ihnen ergab sich entwicklungs- und transformationsbedingt ein vergleichsweise erhöhter Anteil<sup>7</sup> von notleidenden Krediten. Zwecks Eigenkapitalentlastung werden Banken versuchen, notleidende Kredite entweder zu Lasten der Rücklagen und des Gewinns auszusondern oder unter Hinnahme von Abschlägen an eine spezialisierte Einrichtung zu verkaufen.

Für die Zwecke der Steuerung der Kreditrisiken ist die Einteilung der Kredite in fünf Kategorien

international üblich. Die Zuordnung zu den einzelnen Kategorien erfolgt in den drei Ländern hauptsächlich nach der Dauer der Überfälligkeit (vgl. Tabelle 1), aber auch gemäß der Einschätzung der Bonität des jeweiligen Kreditschuldners durch die Bank. Unterschiedliche Verfahrensweisen erschweren somit einen unmittelbaren Ländervergleich.

Tabelle 1:  
Klassifizierung der Kredite, in Tagen ihrer Überfälligkeit, Stand Anfang 2003

	Tschech. Republik	Polen	Ungarn
Standard	0 - 30	0 - 30 <sup>a</sup>	0 - 15
„Zu beobachten“	31 - 90	0 - 30 <sup>b</sup>	16 - 90
Substandard	91 - 180	31 - 90	16 - 90 <sup>d</sup>
Zweifelhaft	181 - 360	91 - 180	91 ...
Uneinbringlich	361 ...	181 ...	91 ... <sup>e</sup>

<sup>a</sup> Bei sonst ausreichender Bonität. – <sup>b</sup> Bei erhöhtem Länder-, Gewerbe-, Produktisiko. – <sup>c</sup> Der Kreditnehmer bzw. der Kredit stellt für die Bank aufgrund verschiedener Merkmale ein erhöhtes Risiko dar. – <sup>d</sup> Es bahnt sich ein Verlust an. – <sup>e</sup> Über 70% des eingegangenen Risikos sind bereits Verlust; die Tilgung blieb längere Zeit aus.

Quellen: Provision of the Czech National Bank No. 9 of 6 November 2002; Finance Minister's Regulation of Poland of 10 December 2001; AO des ungarischen Finanzministers Nr. 14/2001 (9. März), All Concerning the Assessment of Financial Receivables.

Es ist bemerkenswert, dass Ungarn mit den strengsten Klassifizierungskriterien bei den notleidenden Krediten am besten dasteht (vgl. Abbildung 3). Ganz anders in Polen und der Tschechischen Republik: Hier bestand im Untersuchungszeitraum ein erheblich größerer Anteil von notleidenden Krediten, gleichzeitig aber auch mildere Bewertungskriterien. Das erhärtet die Vermutung, dass neben dem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung in längerer Frist auch ein Zusammenhang mit der großzügigeren Haltung der Bankenaufsicht wirkt.

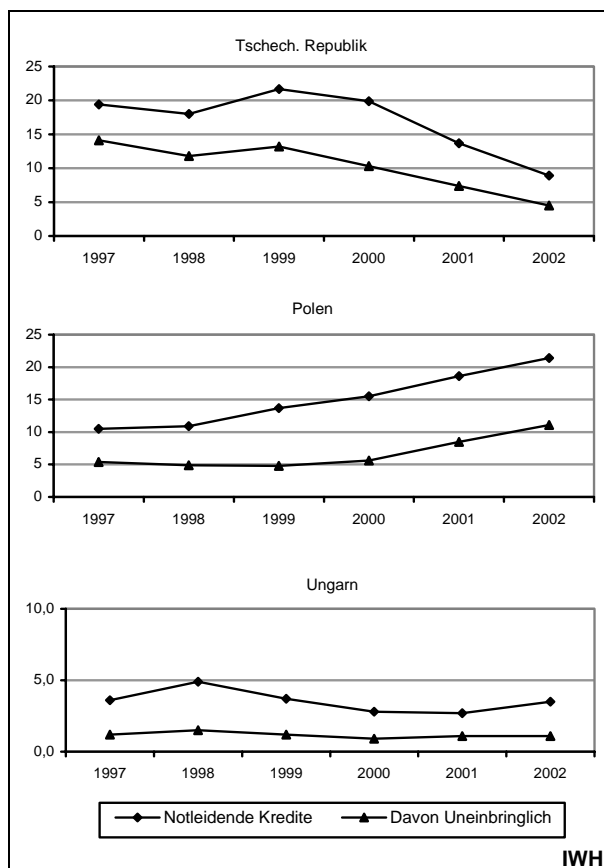
Der jahrelange, vergleichsweise hohe Anteil der notleidenden Kredite des tschechischen Bankensystems ist jedoch entscheidend mit der starken Eigentumsverflechtung von Wirtschaft und Banken infolge der Coupon-Privatisierung in Zusammenhang zu bringen.<sup>8</sup> Der enorme Rückgang von notleidenden Krediten in der Tschechischen Republik im Jahre 2001 ist großenteils die Folge des Ausscheidens der Konsolidierungsbank (Konsoli-

<sup>7</sup> 2001 betragen die uneinbringlichen und zweifelhaften Forderungen der Banken der EU durchschnittlich 2,8% des Gesamtkreditbestandes.

<sup>8</sup> Vgl. BURES, O.: Czech Banking Reform – Biggest Free Lunch Ever?, in: CEP, International Student Conference, Future in the Making: Opportunities, Choices, Consequences. Selected Conference Papers, Dec. 2001.

dačni Banka, jetzt genannt Konsolidierungs-Agentur) aus dem Bankensystem am 1. September 2001.

Abbildung 3:  
Entwicklung der notleidenden Kredite<sup>9</sup> des Bankensystems  
- in % der Gesamtkreditsumme -



Quellen: Staatliche Bankenaufsichten der Tschechischen Republik, Polens und Ungarns, jährliche Berichte.

### Liquiditäts- und Solvenzgefährdung durch verstärkte Fremdwährungsgeschäfte

Im Zeitraum 1997 bis 2001 verzeichneten die Banken – wie auch die Unternehmenssektoren aller drei Länder – den Jahresberichten der jeweiligen Bankenaufsicht zufolge – zunehmend Transaktionen in fremder Währung. Das geschah zum einen im Zusammenhang mit der Etablierung und Tätigkeit zahlreicher Töchter ausländischer Banken und Unternehmen im Lande, doch auch z. B. zur Liquiditätssicherung durch Aufnahme billiger Fremd-

währungskredite im Ausland oder im Lande selbst. Den Anreiz dazu bot das zurzeit noch hohe Zinsgefälle gegenüber Westeuropa, teils verstärkt durch ein wenig flexibles Wechselkurssystem, aber auch die in Aussicht gestellte EU-Mitgliedschaft des Landes mit ihren erwarteten positiven Wirkungen.

Für die Bankensysteme ergab sich in den letzten Jahren jeweils eine nahezu ausgeglichene Netto-Fremdwährungsposition in aggregierter Sichtweise.<sup>10</sup> Das Wechselkursrisiko kann reduziert sein, wenn einzelne Fremdwährungspositionen durch Hedging gesichert sind, was aus den Bilanzen allerdings nicht hervorgeht. Von Polen und Ungarn ist bekannt<sup>11</sup>, dass die meisten Banken im Jahre 2001 eine offene negative oder positive Nettoposition bis zu 10% des Eigenkapitals aufwiesen, einige Banken noch darüber bzw. über die gesetzliche Norm hinaus. In Ungarn hatte im selben Jahr eine Großbank eine sehr große offene positive Position; sie betrug das Vierfache des Eigenkapitals (nur 30% gesetzlich erlaubt).

Eine relativ große Position der Netto-Verbindlichkeiten oder auch Netto-Forderungen gegenüber dem Ausland kann die Liquidität und Marktbeurteilung von Banken aufgrund des darin enthaltenen Währungsrisikos ernsthaft gefährden. Verfügt eine Bank über erhebliche Nettoforderungen in fremder Währung, so verringert eine Aufwertung der heimischen Währung den Wert der Netto-Auslandsforderungen und damit auch des Zinsertrags in inländischer Währung. Umgekehrt nimmt der inländische Wert der Netto-Auslandsverbindlichkeiten bei einer Abwertung der heimischen Währung zu. Selbst eine ausgeglichene, aber durch Hedging nicht gesicherte Fremdwährungsposition kann eine Bank bei Währungsturbulenzen bzw. -krisen gefährden, wenn Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten eine voneinander stark abweichende Währungs- und Laufzeitstruktur aufweisen.

Der Gefahrenfaktor der ausländischen Verschuldung von einzelnen Banken wurde in den drei Ländern durch Begrenzung der Höhe offener Fremdwährungspositionen (Polen 20% des Eigenkapitals, die Tschechische Republik und Ungarn 30%) gemindert. In Polen wurde im März 2001 überdies die Bestimmung eingeführt, dass Banken

<sup>9</sup> „Notleidende Kredite“ beinhaltet „substandard“, „zweifelhafte“ und uneinbringliche Forderungen. Bei Berücksichtigung der Kategorie „zu beobachten“ wären in Abbildung 3 für die Jahre 1999-2001 bei der Tschechischen Republik 8-10%, bei Polen 8-7% und bei Ungarn 5-7% noch hinzuzurechnen.

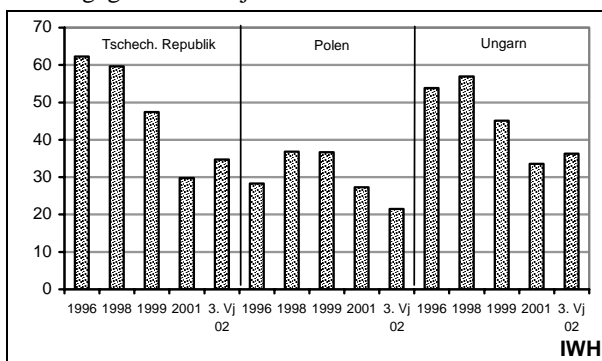
<sup>10</sup> Im Jahre 2001 verzeichneten die Bankensysteme der Tschechischen Republik und Polens eine positive Position von 0,6% bzw. 0,3% und Ungarns eine negative Position von 0,01% der Bilanzsumme.

<sup>11</sup> Jahresbericht der Bankenaufsicht bzw. internes Material des IWH.

für eine Netto-Fremdwährungsposition von mehr als 2% des Eigenkapitals eine gesonderte Risikoreserve zu bilden haben.

Die Bemühungen zur Reduzierung des Währungsrisikos kommen auch darin zum Ausdruck, dass die Bankensysteme aller drei Länder ihre Anteile an den Nettoverbindlichkeiten des gesamten Landes (Banken, Unternehmen und Staat) gegenüber BIZ-berichtspflichtigen Banken<sup>12</sup> bis Ende 2001 spürbar verringert haben (vgl. Abbildung 4). Dies gilt besonders für die Tschechische Republik und Ungarn.<sup>13</sup>

Abbildung 4:  
Entwicklung des Anteils des Bankensystems an den Nettoverbindlichkeiten des Landes gegenüber BIZ-berichtspflichtigen Banken  
- in % gegenüber Vorjahreszeiträumen -



Quelle: BIS Quarterly Review, International Banking and Financial market developments.

Auch in den absoluten Werten sind Bemühungen um eine Minimierung und Beschränkung der Fremdwährungsverschuldung gegenüber BIZ-berichtspflichtigen Banken sichtbar, in Polen allerdings erst seit dem Jahr 2001 (vgl. Abbildung 5).

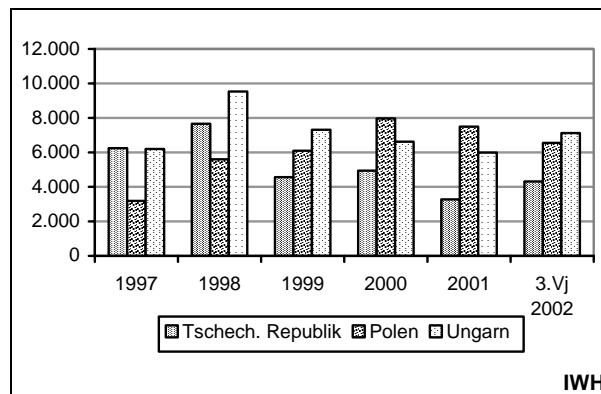
Ein wirkliches Gefährdungspotenzial besteht im starken Anwachsen bzw. hohen Niveau der inländischen Fremdwährungsverschuldung der polnischen und ungarischen Unternehmen (vgl. Abbildung 6) und der polnischen privaten Haushalte mit möglichen Störungen für die Liquidität und Stabilität der Banken. Im Jahre 2001 bestand in Ungarn die Hälfte aller Unternehmenskredite einheimischer Banken in fremder Währung (Tschechische Republik und Polen rund ein Viertel), im Jahre 2000 sogar 61%.

<sup>12</sup> Der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich regelmäßig berichtende Banken.

<sup>13</sup> Demgegenüber dehnten die Unternehmen ihren Anteil an den Nettoverbindlichkeiten – besonders stark in der Tschechischen Republik und am wenigsten in Ungarn – aus.

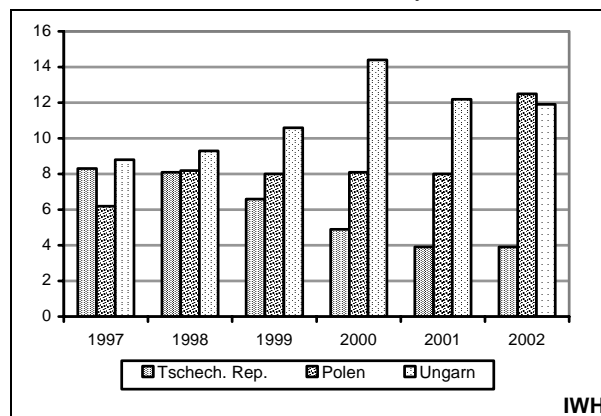
rische Unternehmenssektor noch umfangreich direkt im Ausland kreditierte, so ist er insgesamt einem hohen Wechselkursrisiko ausgesetzt.

Abbildung 5:  
Nettoverschuldung des Bankensystems gegenüber BIZ-berichtspflichtigen Banken  
- in Mio. US-Dollar -



Quelle: BIS Quarterly Review, International Banking and Financial market developments.

Abbildung 6:  
Fremdwährungsverschuldung der Unternehmen  
- in % der Bilanzsumme des Bankensystems -



Quellen: Staatliche Bankenaufsichten der Tschechischen Republik, Polens und Ungarns, jährliche Berichte; Berechnungen des IWH.

Die Fremdwährungsverschuldung der polnischen Privathaushalte ist im Vergleich zu den beiden anderen Ländern seit 1998 in einem ständigen Anstieg begriffen. Sie stieg bis 2002 auf das Siebzehnfache. Dabei handelte es sich zu 40% um langfristige Wohnungskauf- bzw. Wohnungsbaukredite. Ihre Tilgung seitens der Bank kann besonders gefährdet sein, wenn sie ihre Basis in kurzfristig fälligen Schulden gegenüber dem Ausland haben.

Das Interesse an Fremdwährungskrediten bestand auf beiden Seiten, bei den Banken (relativ hohe Zinsmarge als Einnahmequelle) wie den Kre-

ditnehmern (relativ geringer Nominalzinssatz im Vergleich zu Krediten in Zloty). Zu Beginn des Jahres 2001 erbrachten Kredite in US-Dollar, Euro oder Schweizer Franken den Banken Zinsmargen zwischen 4 und 6 Prozentpunkten. Für die Kreditnehmer boten sich im Vergleich zu Zloty-Krediten bis zu 13 Prozentpunkten geringere Nominal-Zinssätze.

Mit dem hohen Volumen der Aufnahme wie auch der Weitergabe von Fremdwährungskrediten nahmen die Banken eine potentielle Verschlechterung ihrer Kreditportfolios durch einen möglichen Tilgungsausfall in Kauf. Den privaten Haushalten wird es schwer fallen, die teils langfristigen Fremdwährungskredite aus ihren Arbeitseinkünften fristgerecht zurückzuzahlen. Des Weiteren ist zu vermuten, dass die Kreditnehmer für gewöhnlich keine Versicherung gegen ein Wechselkursrisiko abgeschlossen haben, um den Effekt aus den gesparten Zinskosten nicht zu schmälern.

### ***Zusammenfassung und Schlussfolgerungen***

Das ungarische Bankensystem zeigt im Verhältnis zu den Bankensystemen der Tschechischen Republik und Polens eine höhere Stabilität und Effizienz. Es erreichte im Jahre 2001 den höchsten Nettozinsenertrag im Verhältnis zur Bilanzsumme bei einer ähnlich niedrigen Zinsdifferenz wie der des tschechischen Bankensystems. Es weist einen sehr geringen, von den drei Ländern geringsten Anteil notleidender Kredite auf. Seit 1999 geht der Anteil des Bankensystems an den Nettoverbindlichkeiten des Landes gegenüber BIZ-berichtspflichtigen Banken zurück. Die Fremdwährungsverschuldung der Unternehmen ist sehr hoch, nimmt aber seit 1999 ab. Doch wegen des hohen Umfangs zusätzlicher direkter Verschuldung von Unternehmen im Ausland ist die Gefährdung des Bankensystems nicht zu unterschätzen. Die Auslandsverschuldung der privaten Haushalte ist dagegen geringfügig.

Das tschechische Bankensystem zeichnet sich durch einen gegenüber dem polnischen und ungarischen Bankensystem doppelt hohen Grad der Finanzintermediation aus. Es ist in der Lage, eine ausreichende Rentabilität mit einer gegenüber Polen und Ungarn deutlich verringerten Zinsmarge zu sichern. Belastend wirkt sich dagegen der sehr hohe Anteil notleidender Kredite am Gesamtkreditbestand aus. Der Anteil des Bankensystems an den Nettoverbindlichkeiten der Tschechischen Republik gegenüber BIZ-berichtspflichtigen Banken ist nach der Währungskrise von 1997 rückläufig. Die inländische Fremdwährungsverschuldung der Unternehmen sinkt seit 1998 jährlich und hat ein

geringes Niveau, die der privaten Haushalte ist unbedeutend.

Das polnische Bankensystem zeigt eine niedrige Effizienz und hohe Gefährdung wegen der Fremdwährungsverschuldung der Unternehmen und privaten Haushalte. Mit 66% der Bilanzsumme im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt im Jahre 2001 ist sein Grad der Finanzintermediation von allen drei Ländern am geringsten. Auffallend ist auch das erhöhte Niveau der Zinsdifferenz. Es war im Jahre 2001 besonders hoch, während der Nettozinsenertrag im Verhältnis zur Bilanzsumme sank. Diese Tendenz sich verschlechternder Effizienz setzte sich im Jahre 2002 fort. Hinsichtlich der notleidenden Kredite besteht seit 1997 eine jährlich steigende Tendenz. Im Jahre 2001 wurde das bisher für das tschechische Bankensystem kennzeichnende hohe Niveau des Anteils notleidender Kredite weit übertroffen. Positiv ist zu bewerten, dass das polnische Bankensystem im Untersuchungszeitraum den geringsten (und auch sinkenden) Anteil an den Nettoverbindlichkeiten gegenüber BIZ-berichtspflichtigen Banken hatte.

Die dargestellte „relative Stabilität“ der drei Bankensysteme erhält im Lichte der vollen Öffnung des Finanzmarktes durch EU-Beitritt einen neuen Stellenwert. Für den härteren Wettbewerb, die Überwindung der aufgezeigten Gefährdungspotenziale und mögliche externe Schocks benötigen sie eine größere Kapitaldecke. Auch die künftig an einem Rating der Banken orientierten Eigenkapitalrichtlinien (Basel II) mahnen eine Vergrößerung der Kapitalbasis an. Angesichts der gegenwärtigen Schwierigkeiten im Bankensektor des EU-Raums sind von einzelnen Banken keine bedeutenden Kapitalzuführungen an Tochter- oder Joint-Venture-Banken in den drei Ländern zu erwarten.

Die Banken können, organisatorisch unterstützt vom Staat, sich selbst am besten durch Fusionen, zünftiges Schuldenmanagement, Diversifizierung der Geschäftsfelder und Kosteneinsparungen Möglichkeiten für eine Kapitalerweiterung schaffen.

Offene Fremdwährungspositionen bergen in sich ein großes Risiko für die Bankensysteme. Es kann sich verschärfen, wenn die neuen EU-Mitgliedsländer – möglicherweise schon im nächsten Jahr – am Wechselkursmechanismus II teilnehmen. Bei der Bindung ihrer Währung an den Euro ist nämlich eine Abwertung ihrer Währung nicht ausgeschlossen.

*Werner.Gnoth@iwh-halle.de*